

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“



Algem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Erste teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabutt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintrieb, od. Konturten hinwärtig wird. Erschließungsort: Altensteig, Gerichtsstand Nagold. Erscheinung wöchentl. 6 mal / Bezugspreis: Monatl. 1.50 RM, die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 259

Altensteig, Donnerstag den 5. November 1931

54. Jahrgang

Rückkehr zum Youngplan

Erst Reparationen, dann Kreditverlängerung

In den letzten Tagen ist mit erschreckender Deutlichkeit klar geworden, wie tief Deutschland verschuldet und damit der internationalen Politik ausgeliefert ist. Nach einer amtlichen Mitteilung beträgt die kurzfristige Verschuldung Deutschlands 12 Milliarden, die langfristige 11,5 Milliarden RM. Ob diese Feststellungen schon endgültige sind, wird in der Oppositionspresse noch bezweifelt. Auf jeden Fall ist es eine Mitteilung des Reichsfinanzministers oder des Reichshauptpräsidenten. Es ist deshalb erklärlich, daß der Wirtschaftsbeirat des Reichskabinetts sich in den letzten Tagen mit der deutschen Auslandsverschuldung beschäftigte und einen besonderen Stillhalteauschuß berief. Wie sich diese Milliarden auf die einzelnen Länder, auf die Wirtschaftszweige und die Banken verteilen, ist der Öffentlichkeit noch nicht bekannt. Auch die verschiedenen Nachrichten über die Tilgungspläne eilen den Tagelassen voraus. Daß solche ernstlich erwogen werden, ist selbstverständlich. Es wird sich dabei vor allem um 7,5 Milliarden RM. kurzfristige Kredite handeln, da die restlichen 4,5 Milliarden in einer Weise laufen, daß sie sich den Stillhalteverhandlungen aus volkswirtschaftlichen Gründen entziehen. Die kurzfristigen Kredite, die etwa zu 15 Prozent verzinst werden müssen, sind für das Reich und seine Regierung die schwerste Sorge, obwohl durch das Stillhalte-Moratorium in Basel eine Verlängerung bis Ende Februar erreicht wurde. Diese Kredite stammen aus England, Amerika, der Schweiz (2,5 Milliarden) und Holland, zum kleinen Teil aus Frankreich. Die Mehrheit liegt zweifellos bei Amerika und England.

Diese ungeheure Verschuldung umschließt das Schicksal unserer Wirtschaft und unseres Volkes für die nächsten Jahre. Fast sind darüber die Reparationsschulden in den Hintergrund getreten. Unsere ganze Schwäche ist nun aufgedeckt, und wir können daraus Schlüsse ziehen, welches Maß von Einschränkung und Sparmaß, Arbeit und Leistung notwendig sein wird, um die Fesseln zu tragen und zu erleichtern, die wir uns selbst auferlegt haben. Die Fehler der früheren Finanzpolitik in den letzten dreizehn Jahren, die unterdessen von den gegenwärtigen Führern im Reich offen zugestanden wurden, werden uns nun zum Verhängnis. Die Hoffnung, die durch das Hoover-Moratorium geweckt wurde, ist verfliegen, nur eine Regelung der Stillhaltecredite wird uns ein gewisses Maß von Bewegungsfreiheit und Erholungsmöglichkeit geben.

Laval's Amerikareise brachte eine große Enttäuschung. Ihr Ergebnis ist nun klar gestellt. Hoover und Laval haben sich geeinigt, daß der Youngplan wieder in Kraft gesetzt wird, daß zuerst die Reparationen geregelt und dann die Kreditfrage angeknüpft wird. Warum dieses Nachgeben Hoovers? Weil Hoover von seinem Parlament anfangs Dezember den einjährigen Zahlungsausschuß noch gutheißen lassen muß, ehe er einen weiteren Schritt wagt. Der deutsche Botschafter v. Hoersch hat in Paris von Laval und Briand nunmehr die Mitteilung erhalten, daß auf Grund der französisch-amerikanischen Abmachungen nach Ablauf des Moratoriums am 1. Juli 1932 wieder das Regime des Youngplans in Kraft treten soll. Auf deutscher Seite ist bisher zunächst an eine Regelung der Kreditfrage gedacht worden, weil angesichts der großen Verschuldung Deutschlands ernsthaft an eine Wiederaufnahme der Reparationszahlungen doch nicht gedacht werden kann. Deshalb war ja auch der Zahlungsausschuß Hoovers bewilligt worden. Die französischen Blätter erheben jetzt schon den Vorwurf, daß amerikanische und englische Banken, „die mit dem Feuer spielen, als sie Deutschland immer wieder Geld liehen“, allein darüber zu entscheiden hätten, ob sie die Kredite verlängern wollen. Frankreich wüßte den Vorrang der Reparationen. Ein schweizerisches Blatt sagt: „Deutschland habe keinerlei Trümpfe auszuspielen und Frankreich werde gut daran tun, ihm die Unterwerfung mit einigen kleinen Retuschen am Versailler Diktat zu erleichtern.“ So ist das Problem der nächsten Monate, wie vorauszu sehen war, auf die Frage zugewippt: Kapitulierte Deutschland vor Frankreich oder nicht?

Da es sich aber um ein wirtschaftlich wie finanziell ungeheuer schwieriges und um ein vom Einzelnen kaum übersehbares Problem handelt, in dem überdies die politischen Fragen eine hervorragende Rolle spielen — auch die ganze

Entwicklung der Weltwirtschaftskrise ist dabei nicht außer acht zu lassen — wird man eine Lösung nur in C i a p e n finden. Es dürfte Deutschland nicht gelingen, nachdem sich Hoover und Laval verständigt haben, die Reihenfolge zu ändern. Die Gegensätze zwischen der deutschen und französischen Auffassung in den Fragen der künftigen Reparationszahlungen und der Rückzahlung der Deutschland gewährten Kredite können nur durch eine Verständigung mit Frankreich überbrückt werden. Und das bedeutet doch eine Kapitulation. Allerdings keine politische, die Brüning seinerzeit in Paris und immer wieder in den Verhandlungen abgelehnt hat, weil sie vom Standpunkt der deutschen Politik untragbar wäre. Das aber schließt nicht aus, daß die finanzielle Entwicklung, die ungeheure Verschuldung, die grauenerregende Wirtschaftszerstörung auch den politischen Widerstand lähmen könnte. Und darin liegen die schwersten innerpolitischen Gefahren.

Nachdem der deutsch-französische Wirtschaftsausschuß in nächster Woche zum erstenmal in Paris zusammentritt, besteht Hoffnung, daß durch eine wirtschaftliche Zusammenarbeit Deutschland in den Stand gesetzt wird, keine Entschädigungszahlungen vielleicht auf dem Wege von Sachlieferungen zu bewerkstelligen. Die Franzosen freilich möchten freie Hand haben, um auch deutsche Sachlieferungen auf den Weltmarkt zu bringen. Der französische Plan der Wiederaufnahme des Youngplans läuft also vor allem auf eine Aufrechterhaltung der deutschen Sachlieferungen hinaus, durch deren Bewertung Frankreich Einnahmen gewinnen möchte. Man erwartet noch immer eine internationale Konferenz, sobald die deutsch-französischen Verhandlungen abgeschlossen sind.

Viel schwieriger aber wird es sein, die Frage der Privatverschuldung der kurzfristigen Kredite zu regeln. Die französische Presse meint dazu, daß französische Hilfe erwogen werden könne, wenn die Banken sich auf keine neue Verlängerung einlassen wollten. Aber dann fordere Frankreich politische Bürgschaften. Im übrigen will Frankreich die Einigung Deutschlands mit den amerikanischen und englischen Banken über die Kredite den Beteiligten selbst überlassen.

Mit den vorstehenden Ausführungen ist die kaum lösbare Aufgabe der nächsten Zeit gekennzeichnet. Es sind bei der Lösung zweifellos zahlreiche Möglichkeiten und Abschnitte in Rechnung zu stellen. Für das deutsche Volk aber kann es nur gut sein, wenn es völlige Klarheit über seine Lage erhält.

Echo zur Unterredung Hösch-Laval

Fransösische Blätterstimmen

Paris, 4. Nov. Die Presse beschäftigt sich mit der Unterredung des Botschafters v. Hösch mit Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand und glaubt, über die zweistündige Erörterung Mitteilung machen zu können.

„Echo de Paris“ erklärt, anheimelnd siehe für Deutschland die Lage der kurzfristigen Verschuldung an das Ausland und ein in Vorbereitung befindlicher Plan, der nach deutscher Ansicht die Zustimmung der ausländischen Banken finden dürfte, im Vordergrund der Betrachtung. Das heiße also, zunächst das Problem der privaten Interessen auszuscheiden. Die französischerseits gewünschte Vorgangsweise dagegen stelle die Reparationen in den Vordergrund. Die französische Regierung stehe mit Recht auf dem Standpunkt, daß sie sich nach der öffentlichen Meinung in Frankreich richten müsse. Dabei wolle sie sich nur innerhalb des rechtlichen Rahmens des Youngplans halten. Man rare demnach Deutschland, sich zunächst einmal der französischen Ansicht anzuschließen, daß die privaten Interessen vor den Interessen der Gläubigerstaaten zurücktreten müßten. Nach Ansicht des „Echo de Paris“ ist es wahrscheinlich, daß Deutschland diesem Rate entsprechend die Einberufung des im Youngplan vorzusehenden beratenden Ausschusses des Youngplans beantragen werde. Der beratende Ausschuß des Youngplans könne vermutlich seine Arbeiten rasch abschließen und den Regierungen Maßnahmen vorschlagen, die die Anwendung oder richtiger die Abänderung des Youngplans zum Ziele hätten. Es sei unermesslich, daß eine Konferenz der Regierungen stattfinden, die den Youngplan unterzeichnet haben, und zwar wahrscheinlich in Frankreich, entweder in Paris oder an der Riviera im Dezember oder spätestens Januar.

„Matin“ erklärt, es sei recht leichtfertig, wenn die französische Presse behaupten wolle, daß der deutsche Botschafter mehrere verschiedene Pläne vorgelegt habe, die in der deutschen Presse genannten Vorschläge betreffen ausschließlich die Struktur der

kurzfristigen Kredite. Die Pressemitteilungen über die Unterredung Laval-Briand-Hösch dagegen behaupten, daß man von den Reparationen, totalisch also von der Abklärung des gegenwärtigen Moratoriums durch das normale Regime des Youngplans gesprochen habe. In dieser Frage habe sich der deutsche Botschafter im wesentlichen darauf beschränkt, auszufragen. Die Rückkehr zum Regime des Youngplans bedeute auch für den Fall eines deutschen Antrages auf ein Moratorium die Einhaltung der Moratoriumsbestimmungen dieses Planes. Obwohl die Pressemitteilungen die Frage der kurzfristigen Kredite mit Stillhalteverträgen übergeben, scheint es recht unwahrscheinlich, daß Botschafter v. Hösch in dieser Hinsicht nicht ein dringliches Ersuchen vorgebracht habe. Aber es sei möglich, daß jeder Schritt, wenn er überhaupt unternommen worden sei, an die falsche Adresse gerichtet worden ist. Mühen nicht die amerikanischen und englischen Banken, die mit dem Feuer spielen, als sie Deutschland immer wieder Geld liehen, an erster Stelle darüber entscheiden, ob sie im Februar ihre Kredite erneuern sollten? Falls die Mehrheit der amerikanischen und englischen Banken sich weigern würde, dazu beizutragen, die in Schwierigkeit geratenen Schuldner wieder flott zu machen, dann müßten die Reparationen, die das schlimmste vermeiden wollen, der deutschen Regierung die Frage vorlegen, welche Garantien sie in der Lage sei, zu geben. Die eigentliche Entscheidung der Verhandlungen hänge also jetzt von Berlin ab.

Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn

Für 250 Millionen neue Aufträge

Berlin, 4. Nov. Wie wir erfahren, haben in der letzten Woche zwischen dem Reichsfinanzminister, dem Reichsverkehrsminister und dem Generaldirektor der Reichsbahn Besprechungen stattgefunden, die auf ein zusätzliches Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn abzielten. Man ist dabei übereingekommen, daß die Reichsbahn zusätzlich noch für etwa 250 Millionen Mark Aufträge erteilt. Formell bedarf dieser Entschluß zwar noch der Genehmigung des Verwaltungsrates der Reichsbahn, es ist aber wohl nicht daran zu zweifeln, daß er seine Zustimmung erteilen wird. Etwa 80 Millionen des Auftragsbetrages sollen bereits für diesen Monat mit angelegt werden, die wohl in der Hauptsache für Oberbauarbeiten Verwendung finden werden. Augenblicklich finden bei der Leitung der Reichsbahn noch Beratungen über die Verteilung der Aufträge statt, die möglichst verschiedenen Industrien zugute kommen und gerecht auf die Industriegebiete der einzelnen deutschen Länder verteilt werden sollen. Auch die Kleinindustrie, die bekanntlich vor allem in Süddeutschland an Haus ist, soll besonders bedacht werden, und zwar zunächst mit Aufträgen von etwa 10 Millionen Mark. Der Zweck dieses zusätzlichen Programms liegt natürlich darin, gerade jetzt, da mit dem härteren Einsetzen des Winters ohnehin mit einer stärkeren Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist, den in Frage kommenden Wirtschaftszweigen zu helfen, ihre Betriebe über Wasser zu halten und möglichst viele Arbeiter zu beschäftigen. Deshalb sollen die gegenwärtigen Beratungen über die Verteilung der Aufträge auch möglichst beschleunigt werden. Es ist nun damit zu rechnen, daß sie bereits in den aller nächsten Tagen zum Abschluß kommen. Diese Aufträge der Reichsbahn für eine zusätzliche Arbeitsbeschaffung sind umso höher anzusetzen, als die Reichsbahn ohnehin jährlich für etwa 900 Millionen Mark Aufträge herausgeben läßt.

Neues vom Tage

Geheimes Verbot des Zugabeweiens?

Berlin, 4. Nov. Als erster der zahlreichen Reichstagsausschüsse, die während der Winterpause des Reichstages zusammentreten werden, versammelte sich am Mittwoch der volkswirtschaftliche Ausschuß, um zunächst die Anträge über das Zugabeweiens zu beraten. Der neue Reichsjustizminister Dr. Joel war zu der Sitzung persönlich erschienen und erklärte, daß der Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Zugaben zu Waren oder Leistungen bereits im Kabinett verabschiedet worden sei und sofort dem Reichstag zugeleitet werden würde. Außerdem sei beabsichtigt, dieses Gesetz im Reichsanzeiger auch beiläufig zu veröffentlichen. Im Hinblick auf diese Sachlage hat der Minister den Ausschuß von der Beratung der vorliegenden Anträge abzuweichen, da ja der vorbereitete Entwurf die ganze Materie gesetzestreu zusammenfaßt. Der Ausschuß beschloß daraufhin, die Anträge über das Zugabeweiens von seiner Tagesordnung abzuweichen. Er beschäftigte sich weiter mit Petitionen.

Die Lage der Reichspost im zweiten Vierteljahr

Berlin, 4. Nov. Nach dem Bericht der Reichspost über das zweite Viertel ihres Rechnungsjahres ist der Verkehr gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in fast allen Dienstleistungen zurückgegangen, besonders stark im Paket- und Telegrammenverkehr. Im Postfachverkehr wurden Buchungen über insgesamt 26 Milliarden Mark ausgeführt, von denen 21 Milliarden Mark bargeldlos bealich wurden. Im Auslandsverkehr wurden trotz der Behinderung des Zahlungsvorganges noch 48 Millionen Mark überwiesen. Es wurden 6,8 Millionen Telegramme befördert (im Vorjahr 8,6 Millionen) und 597 Millionen Gesandte vermittelt (im Vorjahr 629 Millionen). Die Zahl der Fortschritten ist um 21.019 zurückgegangen. Der Kassenabfluß zeigt 487 Millionen Mark Einnahmen und 496 Millionen Mark Ausgaben.



Ein Rotschrei des Waldbesitzes

Der Waldbesitzerverband für Württemberg und Hohenzollern lud auf den gestrigen Mittwochnachmittag in den Saal zur „Traube“ in Nagold zu einer Waldbesitzerversammlung ein, die von den Oberamtsbezirken Nagold, Calw, Freudenstadt, Neuenbürg und Herrenberg gut besucht war. Und sie wäre sicher noch besser besucht gewesen, hätte sich nicht mancher Waldbesitzer aus Sparmaßregeln den Besuch der Versammlung verweigert. Die Rot der Waldbesitzer, denen früher der Wald das Rückgrat ihrer Existenz war, ist zweifellos eine außerordentlich große geworden und auch die Waldbesitzergemeinden sind dadurch, daß sie ihren Holzanfall nicht gewinnbringend absetzen können, in eine sehr bedrängte Lage gekommen. Daß dies der Fall ist, davon gab die gestrige Waldbesitzerversammlung ein beredtes Zeugnis.

Bürgermeister Maier in Nagold, der den Vorsitz führte, begrüßte die städtische Versammlung, den Vertreter des Wirtschaftsministeriums Reg.-Rat Dr. Luthinger, die Vertreter der Gemeindeforsten, aber auch die zahlreich erschienenen Waldbauern, die Abgeordneten Dingler und Schweizer, die Landräte der Bezirke, die Vertreter der staatlichen Forstämter, sowie die Pressevertreter und schließlich in kurzen Ansprachen den Zerfall der deutschen Forstwirtschaft, die Not der Waldbesitzer und der waldbesitzenden Gemeinden. Nicht genug, daß die allgemeinen Steuererträge zurückgehen, seien auch die Einkünfte der Gemeinden aus dem Wald in erschreckender Weise gesunken. Der Ausfall des Waldbesitzes bedrohe geradezu die Gemeinden in ihrer Existenz, die Waldpflanzenhandlungsgeschäfte, sowie die holzverarbeitende Industrie habe fast kein besseres Los. Holzhauer und Waldarbeiterinnen seien zum Feiern gezwungen. Es müsse zu einer Aenderung kommen, ehe es zu spät sei. Wohl sei sich der Waldbesitz bewußt, bei dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang Opfer bringen zu müssen, aber das was man heute erlebe sei Widerstand. Der Vorsitzende gab dann noch davon Kenntnis, daß Wirtschaftsminister Dr. Maier am Erscheinenden verhindert sei und daß er in einem Schreiben hervorgehoben habe, daß das Wirtschaftsministerium die Kottage der Waldbesitzerschaft erfolge und daß er für die Waldbesitzerschaft alles tun werde, was in seiner Macht stehe. Darauf erteilte der Vorsitzende dem ersten Referenten das Wort zu seinem Vortrag:

Borgänge auf forstwirtschaftspolitischen Gebiet

Dr. Frieder vom Württ. Waldbesitzerverband führte u. a. aus, daß man nicht mehr von einer Kottage, sondern von einem Niedergang der Waldbesitzerschaft sprechen müsse. Der Grund zu dem Zusammenbruch der Waldbesitzerschaft liege nicht allein in der schlechten allgemeinen Lage, sondern er liege tiefer, nämlich in der offensichtlichen Benachteiligung der Waldbesitzerschaft durch die Wirtschaftspolitik des Reiches. Sie sei von der Handels- und Zollpolitik, von der Außenpolitik beeinflusst. Die Handelsvertragsverhandlungen mit dem Ausland seien häufig auf Kosten der Land- und Forstwirtschaft geführt worden, das Holz habe bei den Verträgen immer herhalten und Opfer bringen müssen. So sei es bei dem Russenvertrag gewesen. Wer garantiere aber nun die ungeheuren Ausfälle der Waldbesitzerschaft, die dieser Vertrag zur Folge hatte? Die württembergische Industrie erhalte durch den Vertrag mit Rußland Aufträge von 12 Millionen Mark, dafür aber opfere man einen Ausfall der württ. Forsten mit 15 Millionen Mark. Dabei sei es um die Sicherheit der Russenlieferungen übel bestellt. Die Zahlungen seien und man wisse nicht, ob die Wechsel eingelöst würden. Man liefere Rußland die Maschinen, mit denen sie uns später wieder Konkurrenz machen. Seit Jahren können nun die Lieferungen an Holz vom Ausland herein, die zur Zerstörung unserer Holzpreise geführt haben. Ein Festmeter Nadelstammholz habe 1909/13 Mk. 23.—, 1927/28 Mk. 37.50, 1929 Mk. 30.—, 1930 Mk. 27.—, im letzten Winter Mk. 18.50 gefostet und sei in letzter Zeit auf Mk. 9—11 gesunken. Heute liege der Festmeter 50 bis 60 Prozent unter dem Friedenspreis. Dabei könne man das Holz nicht einmal absetzen. Die Lohnausgaben für Waldarbeiter seien aber heute bei einem Stundenlohn von 50 bis 60 Prozent höher als vor dem Krieg und bei einem Stundenlohn von 40 Btg. etwa 30 Prozent höher als vor dem Krieg, während die Holzpreise 60 Prozent unter dem Friedenspreis liegen. Der Privatwald sei an den Rand des Ruins gebracht worden. Der Redner betonte noch die Mehrlasten an Steuern und hob als Folge des Niedergangs der Waldbesitzerschaft Arbeitslosigkeit unter den Waldarbeitern und in der holzverarbeitenden Industrie hervor. Die Reichsbahn habe mit den hohen Frachttarifen zur Vergrößerung des Unheils mitgeholfen. Als weitere Ursache des Niedergangs der Waldbesitzerschaft bezeichnete der Redner die Verdrängung des Holzes durch anderes Baumaterial, da sich die Architekten dem Holz abgewendet oder dem Auslandsholz zugewendet haben. Die überhöhte Zinspolitik habe das Holz getötet, den Baumarkt niedergedrückt. Die sozialen Lasten haben sich in das ungemessene gesteigert. Auf die Frage, was geschehen sei, um die vullanartig herein gebrochene Katastrophe abzuwenden, führte der Redner aus, daß die Regierung immer wieder darauf hingewiesen worden sei. Von den früheren deutschen Wirtschaftsministern sei nichts geschehen, erst der jetzige Ernährungsminister habe sich für die Waldbesitzerschaft etwas eingelebt. Im Lande selbst seien die Wünsche der Waldbesitzerschaft von der Regierung unterstützt worden. Man habe mit den führenden politischen Parteien Fühlung behalten und der württembergische Wirtschaftsminister sei wiederholt in Berlin vorstellig geworden. Angesichts der Verschärfung der Kottage sei eine Vorprache bei der Staatsregierung für die nächsten Tage in Aussicht genommen. Wenn irgend ein Wirtschaftsminister, so sei es das deutsche Holz, das alle Bedürfnisse befriedigen könne. Katastrophal seien die Auswirkungen der Holzsperrung Frankreichs gewesen. Diese hätte Anlaß dazu geben können, auch bei uns die russische Einfuhr zu sperren. Die Regierung habe in Frankreich Vorstellungen erhoben, aber die Regierung habe auch auf die allgemeine politische Lage Rücksicht zu nehmen und könne nicht allzu schärf vorgehen. Erreicht sei worden, daß die Eisenbahnfrachten

für Papierholz und Brennholz und schließlich seit August auch für Langholz herabgesetzt worden seien. Die Waldbesitzerschaft könne sich aber mit diesen Ermäßigungen noch nicht zufrieden geben. Vom württ. und badischen Waldbesitz sei ein neuer Vorstoß geplant. Die Not der Waldbesitzerschaft sei ins ungeheure gestiegen und bevor stehe ein schwerer Winter. In letzter Stunde verlange die Waldbesitzerschaft die sofortige Absetzung der Holzpreise. Verlangt müsse weiter werden ein Abbau der sozialen Lasten, der Eisenbahnfrachten und der Zinslasten. Notwendig sei eine Förderung der Holzforstung und der Holzverwertung. Es sei noch ein schwerer Kampf der forstlichen Organisationen, die manches erreichen und verhindern habe können. Kein Waldbesitzer und keine Gemeinde dürfe in diesem Existenzkampf zurückbleiben; alles müsse sich in die Kampffront einstellen. Nur so lasse sich der heutigen Not begegnen.

Bürgermeister Maier dankte dem Redner für seine Ausführungen und erteilte Oberforstmeister Dr. Danner das Wort zu seinem Vortrag:

Wie steht es um den Abfall der Walderzeugnisse in der nächsten Zukunft?

Für die Beurteilung dieser Frage sei das augenblicklich bestehende und künftig zu vermutende Verhältnis von Angebot und Nachfrage in Hinblick auf die Betrachtung zu unterziehen. Der Holzbedarf Deutschlands habe im Jahre 1913 39 Millionen Festmeter betragen und sei inzwischen auf 20 Millionen Festmeter gesunken. Aus dem Holzwirtschaftsjahr 1930/31 liegen noch rund 3 Millionen Festmeter unverkauft im Wald. Darnach betrage der Bedarf für 1932 17 Millionen Festmeter. Die planmäßige Eigenerzeugung betrage jährlich 25 Millionen Festmeter, so daß ohne die ausländische Einfuhr ein Ueberschuß von 8 Millionen Festmeter vorhanden sei. Die voraussetzliche Einfuhr aus dem Ausland betrage 3—5 Millionen Festm. Es sei also ein Mehrangebot von 30 Prozent Rundholz vorhanden. Auch für Papierholz seien die Ausfuhren keineswegs besser. Der gesamte deutsche Verbrauch betrage 8—9 Millionen Km. Die Eigenerzeugung habe bisher 3,8—4 Millionen Km. betragen, so daß 5 Mill. Km. aus dem Ausland eingeführt worden seien. Der Rückgang des Verbrauchs um 40 Prozent habe den Bedarf auf 5 Millionen Km. ermäßigt. Die Eigenerzeugung betrage 4 Millionen Km., Lagerbestände seien 2 Mill. Km. und für 1 Mill. Km. lausen noch Lieferungsverträge mit dem Ausland. Den Restbedarf der deutschen Papierindustrie könnte Silddeutschland für das Wirtschaftsjahr 1931/32 allein decken. Der Holzbedarf ins Ausland stode ganz. Infolge der Holzüberschwemmung in Deutschland sei die Bewertung des Holzes eine geringe. Von Holzpreisen könne man gar nicht mehr reden. Die Nadelstammholz- und Papierholzpreise letzjähriger Fällung seien 50 Prozent unter den Vorjahrespreisen gestanden und für das Holz neuer Fällung wolle man auch nicht mehr geben. Der einzelne Waldbesitzer sehe vor der Tatsache, daß der Einschlag von Rundholz die Selbstkosten bei weitem nicht mehr decke. Von einer Waldrente könne nicht mehr die Rede sein. Kein Waldbesitzer würde Holz einschlagen, wenn ihn der Geldbedarf nicht dazu zwingt. Der Haushalt vieler Waldbesitzenden sei auf die Waldentnahmen gestützt. Der Staat müsse bei seinem Einschlag auf solche Gebiete Rücksicht nehmen, wo Waldbesitzenden hauptsächlich auf Holzpreise angewiesen seien. Auch auf die privaten Waldbesitzer müsse der Staat Rücksicht nehmen. Wenn dies nicht geschehe, werden viele Gemeinden in Bälde ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen, werden die privaten Waldbesitzer ihre Steuern nicht mehr zahlen können. Wenn der Gemeinde- und Privatwald diesmal noch eine Einschlagsbeschränkung besäßen, so werde er es darüber hinaus nicht mehr tun können. Man müsse sich fragen: Kann man den Gemeinden und Privatwaldbesitzern überhaupt zumuten, zugunsten des Auslandes und einiger internationaler Holzimporteure den planmäßigen Holzbedarf einzuschränken und damit auf den Ertrag des Waldes zu verzichten? Auch die Waldbesitzer haben ein Anrecht auf Schutz ihrer Erzeugnisse. Es sei ein ungeheures Opfer, wenn der deutsche Wald sich zur Einschlagsbeschränkung entschleße. Dieser Entschluß bedeute für viele Selbstmord. Wenn während der letzten Frist nichts durchgreifendes geschehe, dann werde der Gemeinde- und Privatwald erst recht zur Holzschlächtereier und zur Verschleuderung des Waldes schreiten müssen, die eigentlich schon im Gange sei. Es sei deshalb die Dringlichkeit der Holzpreise aus dem Ausland zu fordern. Die deutsche Waldbesitzerschaft müsse erwarten, daß die deutsche Regierung einen Riegel vorschleibe und die weitere Einfuhr unter allen Umständen sperre, solange der deutsche Wald den gesamten Inlandsbedarf decken könne. Jeder Festmeter Holz, der noch eingeführt werde, sei zu viel. Zur Frage, ob überhaupt damit gerechnet werden könne, daß der Holzbedarf später wieder steige, führte der Redner aus, daß der Holzbedarf der Welt größer sei als der Zuwachs. Im ganzen könne man sagen, daß sich der Holzmarkt im gleichen Verhältnis bessere, wie sich die Weltwirtschaftsnot mildere. Dazu komme, daß die jahrelangen Bemühungen des Waldbesitzes und der holzverarbeitenden Industrie um stärkere Verwendung des Holzes als Baustoff, sowie für Haushaltsgegenstände allmählich Erfolg zeitigen, so daß mit einer späteren Wiederbelebung des Holzmarktes zu rechnen sei. Holz sei heute der billigste Baustoff. Notwendig sei, daß jeder einzelne Waldbesitzer für die Verwendung von Holz eintrete. Auch die ausländischen Holzhersteller haben keinen Platz mehr im deutschen Vaterlande. Jeder Waldbesitzer und jede Wald besitzende Gemeinde müsse auch darauf hinwirken, daß auch wieder Brennholz verwendet werde. Überall, wo Holz in der Nähe sei, müsse dem Architekten die Aufgabe gemacht werden, Holz für Bauten zu verwenden. Die Frage, wer für die Beseitigung der darniederliegenden Waldbesitzerschaft eintreten solle, beantwortete der Redner dahin, daß jeder einzelne Waldbesitzer beitragen könne. Außerdem haben die Kriegsnutzen die Waldbesitzer im Waldbesitzerverband zusammengeschlossen, der alle Kräfte der Waldbesitzerschaft zusammenfasse und die Füh-

rung habe. Der deutsche Wald lebe und er wolle leben. Es gelte, die Waldbesitzerschaft wieder zur Blüte zu führen.

Der Vorsitzende sprach dem Redner für seine Ausführungen den Dank aus und anerkannte dankbar, was der Waldbesitzerverband seither für den Waldbesitz getan habe.

Nach einer Pause wurde in die Diskussion eingetreten. Zunächst ergriff Forstmeister G r a m m e l, Freudenstadt das Wort und konstatierte, daß das Reich nicht helfen wolle. Es seien alle Türen aufgeschlossen worden, um eine Besserung herbeizuführen, aber es sei fast alles umsonst gewesen. In der dritten Rotverordnung sei wohl gesagt, daß die Einfuhr einzuschränken sei, aber es sei nichts davon zu sehen. Alle Zoll- und Handelsverträge seien Produkte des Auswärtigen Amtes und es bestünde der Verdacht, daß das Auswärtige Amt unter dem Druck der Schwerindustrie stehe. Auch bestünde der Verdacht, daß das Reichsministerium lediglich auf die Industriearbeiter eingestimmt sei. Das Reichsministerium habe sich wohl Mühe gegeben, die Belange des Holzes und des Waldes zu vertreten. Es habe aber auf das Jahr 1932 und 1933 verdrängt, wo neue Handelsverträge geschlossen würden. So lange könne man aber nicht warten. Es habe 12 Uhr geschlagen. Auch bei den Vertretern der Landwirtschaft im Reichstag habe man kein Verständnis gefunden, ebensowenig bei der Industrie. Auch als der Reichstag tagen dürfte, habe er weder Zeit noch Mühe gehabt, sich um die Räte der Waldbesitzerschaft zu kümmern. Dagegen seien einzelne Länder, hauptsächlich Württemberg, muntergütig vorangegangen und haben sich in Berlin für eine Besserung eingesetzt. Aber solange die Länder nicht geschlossen dafür eintreten, seien keine Aussichten vorhanden. Das Reich müsse aufgeweckt werden. Man müsse schreien, damit der Waldbesitzerschaft geholfen werde. Der Redner führte dann aus, wie Frankreich sich durch eine Klausel im Handelsvertrag für den Rottfall Rüdenfreiheit für die Holzeinfuhr geschaffen habe. Deutschland habe dies versäumt. In dem Vertrag mit Rußland gebe es wohl einen Punkt, in dem eingehakt werden könne, aber es geschehe nichts. Die Katastrophalisierung des Waldes sei eine steuerliche Ungerechtfertigkeit. Daher komme es auch, daß Industriegemeinden weniger Lasten hätten als die Waldbesitzerschaft. Den Ausgleichsstock wolle man auch nicht zu Gunsten der Waldbesitzerschaft ändern. Es gelte, das Land Württemberg zu drängen, in Berlin energisch vorstellig zu werden, ferner das Kataster zu ändern und die Waldbesitzerschaft durch den Ausgleichsstock zu entlasten. Auch Bürgermeister K a n o b e l, Neuenbürg führte aus, daß es gelte, laut die Stimme zu erheben und den Waldbesitzerverband in seinen Bestrebungen zu unterstützen. Er erklärte sich einig mit dem was geschehen solle. Es dürfe nirgends mehr ein Zweifel über den Ernst der Waldbesitzerschaft bestehen und hat den Vertreter der Regierung, ihr zu sagen, wie es im Schwarzwald aussehe. Der Redner wies auch auf die Belastung der Gemeinden durch die unbefähigten Holzarbeiter hin und betonte die Notwendigkeit, daß diese in die Krisenfürsorge einbezogen werden. Auch forderte er eine Ermäßigung der Beförderungsgeld und hat die anwesenden Landtagsabgeordneten, dafür einzutreten, daß die Beförderungsgeld der Holzarbeiter angepasst werde. Fabrikant K o m m e r e l l, Höfen wies darauf hin, daß die Sägeindustrie mit Geduld und Geduld mit dem Waldbesitz verbunden sei und bezeichnete es als eine Notwendigkeit, daß der Staat für Holzpropagandazwecke Mittel zur Verfügung stellen solle. Er sei immer dafür eingetreten, daß die Sägeindustrie kein Interesse daran habe, daß die Holzpreise weiter abgleiten und auch seine Kollegen, die das früher nicht eingesehen und ihn deshalb belächelt hätten, seien heute überzeugt von der Wichtigkeit seiner Auffassung. Sägeindustrie und Waldbesitz müssen zusammenarbeiten. Forstmeister H a u g, Wildbad führte u. a. aus, daß den Sägewerken das Geld genommen worden sei, ihre Betriebe weiterzuführen und kritisiert, daß der Wirtschaftsminister nicht persönlich bei dieser Versammlung anwesend sei. Man habe den Holzeinschlag seinerzeit erhöht, nun solle man ihn kontingentieren. Es sei dringend notwendig, den Einschlag zu beschränken. Bei treuer Zusammenarbeit werde es allen auch wieder besser gehen. Gutsbesitzer G ö d e l m a n n von Dedenwald verlangte, mit Holz die Steuern bezahlen zu dürfen, wenn nicht sonst sofort etwas für den Waldbesitz geschehe. Landrat K a n a p p, Freudenstadt führte aus, daß es eine Sorge sei, wie es weiter gehen solle. Man müsse im Reich und im Land und dann auch im Reichstag, wenn er einmal wieder zusammenkommen sollte, die Interessen des Waldes vertreten. Zusammenhalt sei notwendig. Bürgermeister R e u h a u s, Birkenfeld glaubte, den Wirtschaftsminister wegen seines Ausbleibens in Schutz nehmen zu müssen. Reichs- und Landtagsabg. D i n g l e r, Calw führte aus, daß das, was in den Kräfte seiner Partei gestanden sei, immer geschehen sei. Wenn man aber vom Reichstag nach Hause geschickt werde, so könne man ja nichts dafür. Als der Reichstag kürzlich wenige Tage beieinander gewesen sei, seien Anträge für die Waldbesitzerschaft gestellt worden, aber die Mehrheit gelte ja. Er gab dann einen Seitenhieb auf die Rechte, Nationalsozialisten usw., die bekanntlich das Haus verlassen hatte, als dieser Antrag auf der Tagesordnung war. Er sei dann einer Kommission überwiesen worden. Notwendig sei der Zusammenhalt aller Leute, die den Besitz schützen wollen. Besonders notwendig sei, daß die gesamte Forst- und Landwirtschaft zusammenhalte. Wenn das Holz im Walde zu Grunde gehe, gehöre die Tür für die Einfuhr zugemacht. Was uns und allen Hilfe bringen könne, sei die Beseitigung der Reparationen und der Einfuhr. Regierungsrat Dr. L u t h i n g e r, Stuttgart betonte, daß der Wirtschaftsminister gerne persönlich gekommen wäre, aber er habe es tatsächlich nicht richten können, weil er nach Reutlingen habe müssen, wo er den Besuch ohnedies schon wiederholt habe ablagen müssen; er könne sich nicht verteilen. Er hob die Bemühungen der württembergischen Regierung hervor, dem Waldbesitz zu helfen. Man werde nicht locker lassen in diesem Bestreben. Die Reichsregierung habe aber fast nichts getan. Im Lande selbst habe man alle Gemeinden und Körperschaften darauf hingewiesen, bei ihren Bauten nur einheimisches Holz zu verwenden und man möge dem Wirtschaftsministerium Mitteilung davon machen, wenn nur in einem Falle ausländisches Holz für Gemeinde- oder Körperschaftsbauten

Verwendung finden würde. Er werde versuchen, dem Wirtschaftsminister ein Bild seines persönlichen Eindrucks von dieser Versammlung zu geben.

Es kam dann eine vorbereitete Entschließung zur Vorlesung, deren langatmigen Ton Bürgermeister Berger-Batersbrunn tabelte, und Bürgermeister Kuenzlen-Halggrafenweiler wies nochmals auf die große Not, in der sich die Gemeinden befinden, hin.

Bürgermeister Maier-Ragold las nun eine Zuschrift von Herrn Schröder-Ragold vor, in welcher auf die große Not der Waldpflanzenzüchter hingewiesen und die Aufmerksamkeit auf ihre katastrophale Lage gelenkt wird.

Entschließung:

Die Waldwirtschaft ist am Ende ihrer Kraft. Der Holzabsatz stößt vollständig. Das Holz verkauft im Walde. Der Preis für die Walderzeugnisse hat einen Tiefstand erreicht, bei dem nur noch Verluste zu verzeichnen sind.

Das ist die Folge der einseitigen Wirtschaftspolitik des Reiches und der damit verbundenen übermäßigen Einfuhr von Auslandsholz.

Die waldbesitzenden Gemeinden und die privaten Waldbesitzer, insbesondere des Schwarzwaldes, die von den Waldeinnahmen leben, haben von sich aus alles getan, um den Holzabsatz zu fördern.

angedeihen läßt und insbesondere die Knowerkung des schädlichen Berliner Vertrags von 1926 beseitigt.

Von der württ. Regierung erwarten wir dringend, unsere Forderungen bei der Reichsregierung nachdrücklich zu unterstützen und weiter die Erfüllung folg. Forderungen:

- 1. Abolition der Herabsetzung der Waldsteuer zu Gunsten der Privatwaldungen
2. Stärkere Berücksichtigung der Waldgemeinden am Ausgleichsloos
3. Ermäßigung der Beförderungsgelder
4. Unterlassung oder mögliche Einschränkung des Holzeinschlags in den Staatswaldungen zu Gunsten der Gemeinden und Privatwaldbesitzer zwecks Entlastung des Holzmarktes.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Vier kleine Kinder ermorden ihren Vater. Ein grauenhaftes Familiendrama hat sich in dem Pariser Vorort Vincennes abgespielt. Vier Kinder, von denen das älteste 7 Jahre und das jüngste 3 Jahre alt sind, haben ihren sinnlos betrunkenen Vater mit Hausgeräten derart geschlagen, daß er sterbend ins Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Zwei Geistliche erschossen. In Bilbao wurden zwei katholische Priester, die in den Abendstunden spazieren gingen, von einer größeren Gruppe zufällig ihnen entgegenkommender Arbeiter angegriffen.

Aus dem Gerichtssaal

Schöffengericht Tübingen, 3. November. (Rückfälliger Dieb.) Die Schmach nach der Freiheit brachte den 1894 in Hattenbach, O.W. Ragold geborenen ledigen Bierbrauer Georg Knorr, der im Landesgefängnis Ulm ausgebrochen war, wieder vor das Strafgericht und bald wieder ins Gefängnis zurück.

Ichwanderl O.W. Ragold aus dem Schäferarten des Schäfers Gottlieb Schill in Ragold zu dessen Nachteil einen dunkelbraunen Sonntagsganz, ein Paar Herrenschürzhüte und einen Hut hat im Gesamtwert von etwa 66 Mark.

Legte Nachrichten

Gegensätze Paris und Berlin

Berlin, 4. Nov. Heute mittag hat in der Reichshandels eine Ministerbesprechung begonnen, die dem Ergebnis der gestrigen Pariser Aussprache galt. Der Botschafter hat gestern dem französischen Ministerpräsidenten und dem Außenminister in aller Ausführlichkeit die Schwierigkeiten der deutschen Lage geschildert.

Bevorstehender Streik der Gemeindeglieder

Köln, 5. Nov. Nachdem der Berliner Schiedspruch für die Gemeindeglieder von den Gewerkschaften abgelehnt worden ist, werden heute abend in Köln die Führer der Gewerkschaften über weitere Maßnahmen Beschluß fassen.

Wunderliches Wetter für Freitag

Der östliche Hochdruck wird durch das Vordringen der nördlichen Depression langsam abgebaut. Für Freitag ist wieder mehr bedecktes, und auch zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung Wort belegenen, im Grundbuch von Wart Heft 175

Luisa Marta Leibrock geb. Reinhold Ehefrau des Hans Leibrock, Majors a. D. in Wart eingetragenen Grundstücke:

- 1. Geb. Nr. 78, 78 a — d Wohnhaus, Dekonomiegebäude, Hühnerstall, Badhaus, Regelpfad, Hofraum und Einfahrt in den Birkenäckern 18 a 22 qm
2. Parz. Nr. 929 Biergarten daselbst 1 a 95 qm
3. Parz. Nr. 930 a — f Acker, Wiese, Gemüsegarten, Geflügel- und Tierhof und Weg daselbst 3 ha 18 a 21 qm
4. Parz. Nr. 1165/3 Nadelwald im Heckenbau, Worterholz 35 a 79 qm
5. Parz. Nr. 1039 Wiese in Birkenäckern 32 a 57 qm
6. Parz. Nr. 1167 Nadelwald im Worter Holz Heckenbau 69 a 31 qm

gemeinde-rüchlich geschätzt am 25. April 1931

Table with 2 columns: Ziffer (1-6) and Wert (29000 RM, 100 RM, 7000 RM, 350 RM, 700 RM, 550 RM)

am Mittwoch, den 11. November 1931, vormittags 9 Uhr auf dem Rathause in Wart versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 6. Februar 1931 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Altensteig, den 5. Septbr. 1931.

Kommisfär: Bezirksnotar Fürn.

Altensteig Heute frisch eingetroffen:



- Scheffische od. Kopf 1 Pfd. 50
Seelachsfilet, bratf. 1 Pfd. 60
Kotbarschfilet, bratf. 1 Pfd. 70
Kleier Bücklinge 1 Pfd. 35

Ghr. Burghard jr. Gesucht wird gegen sichere Hypothek

1000-2000 Mark auch in kleineren Teilzahlungen

Wer - ? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Altensteig Im Auftrage verkaufe ich heute mittag ab 3 Uhr 40 Pfund küchenfertige

Regenbogen = Forellen das Pfund zu M 1.-

Luz zum „Bad“.

Altensteig. Aluminium-Kochgeschirre alle gangbaren Formen und Größen

Karl Henßler sen. Eisenhandlung beim neuen Postamt.

Beinge morgen von 9 Uhr ab alle Sorten

Frischgemüse sowie Spießegelberüben Jung, Ragold.

Altensteig Ein Läufer-Schwein hat zu verkaufen Daniel Volz.

LUGER Eine Glücksnummer erhalten Sie beim Einkauf von M. 3.-

gratis und 5 Proz. Rabatt Feische Kleier Bücklinge Pfd. 35 Tomaten Pfund 28 Camembert 65 Neue Orangen

Freie Schreiner-Innung Ragold.

Am Samstag, den 7. November 1931, nachmittags 4 Uhr findet bei Kollege Stidel zum „Adler“ in Ragold eine

Vollversammlung statt, wozu sämtliche Kollegen dringend eingeladen werden.

Der Obermeister: Gabel.

Möbelvertreter, Fachmann, langjährig. kaufm. Leiter in Fabrikationsbetrieb, eingeführt bei der Händlerehandelschaft Südwestdeutschlands

Sucht f. d. Bez. oder einen Teil leistungsfähige, kleinere und mittlere Betriebe, die besonders gute Schlafzimmer in Eiche und poliert ferienmäßig herstellen und laufend liefern können. Angebote unter Nr. 219 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Achtung! Dampfbettfedernreinigung.

Teile der werten Einwohnerschaft von hier und Umgebung mit, daß ab heute wieder Bettfedern gereinigt werden bei der Turnhalle. Voranmeldungen erwünscht.

Ernst Haas, Mech.

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM

Reinwollene einfarbige Kleiderstoffe

Table with 4 columns: Stoffname, Beschreibung, Preis, weitere Details

Die Maße geben die ungefähren Größen an.

